



Presseschau vom 01.09.2017

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

abends/nachts:

de.sputniknews.com: **Washington und Seoul wollen Kim Jong-un töten - und bilden Team dafür aus**

Pjöngjang plant, zügig eine Interkontinentalrakete zu entwickeln. Deshalb hat Südkorea unter Mitwirkung Washingtons einen Spezialeinsatz vorbereitet, um den nordkoreanischen Staatschef Kim Jong-un auszuschalten. Das schreibt die Zeitung "Nesawissimaja Gaseta" am Donnerstag.

Der jüngste Flug einer nordkoreanischen Rakete über Japan schlägt immer noch hohe Wellen. Südkoreanische Kampffjets F-15 haben in den letzten Tagen etliche Übungsbomben in der Nähe der demilitarisierten Zone an der Grenze zwischen Nord- und Südkorea abgeworfen. Gleichzeitig informierte das südkoreanische Verteidigungsministerium den Präsidenten des Landes, Moon Jae In, über einen geheimen Plan zur „Mobilisierung von Soldaten der Luftlandkräfte und Marineinfanterie zwecks schnellen Sturzes des nordkoreanischen Regimes“.

Dieser Plan sieht auch die Bildung einer so genannten „Enthauptungsgruppe“ vor, die aus südkoreanischen Spezialeinsatzkämpfern und US-Elitesoldaten, den U.S. Navy Seals, bestehen werde. Diese Einheit soll sich geheim nach Pjöngjang begeben und Kim Jong-un töten. Das geht aus ihrem Namen hervor. Allerdings gibt es in dem von der Nachrichtenagentur Agence France Press (AFP) veröffentlichten Plan keine direkten Hinweise darauf.

Wie realistisch dieser Plan ist, ist schwer zu sagen. Das Weiße Haus erklärte, Nordkorea habe

„Verachtung gegenüber seinen Nachbarn und allen UN-Mitgliedern (...) gezeigt“, und deshalb „bleiben alle Varianten auf dem Tisch“. Das dürfte heißen, dass ein Krieg nicht auszuschließen ist.

Thomas Wright vom australischen Lowy Institute vermutete in diesem Zusammenhang, dass die USA „keine guten oder überhaupt keine Varianten haben, um das nordkoreanische Atomprogramm zu bremsen oder zum Scheitern zu bringen. Aber Kim hat nicht die Absicht zu einem Krieg mit Atomwaffen. Er würde sie einsetzen, um an der Macht zu bleiben.“ Und Interkontinentalraketen brauche der nordkoreanische Staatschef, um die USA zum Rückzug aus Südkorea zu zwingen, ergänzte der Experte. Allerdings könne Washington nicht offen zugeben, keine Hebel mehr zu haben, um das Kim-Regime unter Druck zu setzen.

Professor Georgi Toloraja von der Moskauer Hochschule für internationale Beziehungen (MGIMO) findet, dass die Krise „eine Phase erreicht hat, wenn es nur zwei Auswege gibt: entweder einen Krieg beginnen und das Schicksal der Einwohner nicht nur Nord-, sondern auch Südkoreas und Japans riskieren, oder verhandeln und nach einem Kompromiss suchen“. Dabei sollten Russland und China den USA helfen. Sie sollten „den Amerikanern die Aussichtslosigkeit der militärischen ‚Lösung‘ zeigen, damit sie akzeptieren, dass Nordkorea besteht, und dass friedliche Koexistenz besser als fortgesetzte Konfrontation wäre.“ Letztere könne zur Entwicklung von Atomwaffen durch andere Länder der Region und zu anderen unerwünschten Folgen führen.

Der von Moskau und Peking initiierte Plan sieht Pjöngjangs Verzicht auf sein Atomprogramm bei gleichzeitigem Verzicht der USA und Südkoreas auf gemeinsame Übungen vor. Ob die Nordkoreaner das akzeptieren würden? „Wenn ein fairer Preis geboten wird, werden sie wohl zustimmen“, findet Toloraja. „Es geht nicht um Wirtschaftshilfen, sondern vor allem um Sicherheitsgarantien, um die diplomatische Anerkennung und Ermöglichung des Überlebens bzw. der Entwicklung dieses Landes.“

de.sputniknews.com: RT-Chefin Simonjan richtet offenen Brief an „Reporter ohne Grenzen“
Die Chefredakteurin der Mediengruppe Rossiya Segodnya und des TV-Senders RT, Margarita Simonjan, hat einen offenen Brief an die „Reporter ohne Grenzen“ (RSF) gerichtet, in dem sie den Generalsekretär dieser Organisation bittet, klarzustellen, wen von den RT-Mitarbeitern er als Feind des Journalismus betrachtet.

„Den Worten des Generalsekretärs zufolge hat er nicht behauptet, dass der Fernsehsender RT ausschließlich aus Feinden des Journalismus bestehe. Es wäre für uns daher nützlich zu erfahren, wen er eigentlich meinte“, schreibt Simonjan.

Zuvor hatte RSF-Generalsekretär Christophe Deloire in einem Interview mit dem französischen Magazin „Télérama“ gesagt, dass Präsident Emmanuel Macron sich bei dem Treffen mit seinem russischen Amtskollegen Wladimir Putin „gegenüber RT und Sputnik – zwei vom Kreml finanzierten Massenmedien – hart gezeigt und sie als ‚Einflussorgane‘ bezeichnet hat“.

Laut Deloire hatte Simonjan ihn im vergangenen Jahr, nachdem das EU-Parlament eine Resolution „gegen die russische Propaganda“ angenommen hatte, darum gebeten, RT in Schutz zu nehmen. Sie habe sich dabei auf Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte berufen. Deloires Antwort lautete: „Wir leben in einem Zeitalter, in dem die Feinde des Journalismus von den Prinzipien Gebrauch machen, die einst dem Zweck gedient haben, den Journalismus zu schützen.“

Daraufhin empfahl Simonjan dieser Organisation, sich „auf stille Weise aufzulösen, um die wahren Menschenrechtler nicht zu kompromittieren“. Die „Reporter ohne Grenzen“ haben ihrerseits einen offenen Brief veröffentlicht, in dem sie sich gegen „scharfe Angriffe“ der RT-Chefredakteurin auf ihre Organisation wandten.

de.sputniknews.com: Russische Handelsvertretungen in Washington und New York müssen schließen

Bei den konsularischen Objekten, die in Washington DC und New York City geschlossen werden sollen, handelt es sich um Gebäude der russischen Handelsvertretung, wie ein Sprecher der US-Administration mitteilte.

„In San Francisco geht es um das Generalkonsulat und die offizielle Residenz. In Washington und New York gibt es eine Reihe von Gebäuden mit verschiedenen Abteilungen, hier geht es um Gebäude der Handelsvertretung“, zitiert die Agentur RIA Novosti den Sprecher.

Die betroffenen konsularischen Objekte sollen allerdings weiterhin im Besitz Russlands bleiben, wie man in der US-Administration klarstellte.

Am Donnerstag teilte das US-Außenministerium mit, dass Russland aufgefordert wird, bis zum 2. September sein Generalkonsulat in San Francisco sowie eine Kanzlei in Washington DC und eine konsularische Abteilung in New York City zu schließen.

Diese Entscheidung sei eine Reaktion auf die Ausweisung von 700 US-Diplomaten aus Russland Ende Juli. In der Pressemitteilung wird dieser Schritt der russischen Regierung als „unangebrachte und für die Beziehungen schädliche“ Aktion bezeichnet.

Im vergangenen Juli hatte Moskau die Entscheidung bekannt gegeben, als Reaktion auf die neuen antirussischen Sanktionen die Zahl der Mitarbeiter der diplomatischen Vertretungen der USA in Russland um etwa 700 Mitarbeiter zu verringern, sodass ihre Anzahl der in den USA tätigen russischen Diplomaten (455) entspricht. Die neuen Russland-Sanktionen Washingtons hatte Präsident Wladimir Putin damals einen „durch nichts provozierten Schritt zur Verschlechterung der russisch-amerikanischen Beziehungen“ genannt.

de.sputniknews.com: Neuer russischer Botschafter trifft in Washington ein

Der neu ernannte russische Botschafter in den USA, Anatoli Antonow, ist am Donnerstag mit einer russischen Fluggesellschaft am internationalen Flughafen Washington Dulles angekommen, wie ein Sputnik-Korrespondent berichtet.

Etwa eine Stunde zuvor hatte die US-Führung neue Einschränkungen für die Tätigkeit der russischen diplomatischen Vertretungen in den USA angekündigt. Demnach sollen bis zum 2. September das Generalkonsulat in San Francisco und zwei konsularische Objekte – in Washington DC und in New York City – geschlossen werden.

Der US-Botschafter in Moskau, John Tefft, der seit August 2014 diese Funktion ausübt, ist noch nicht abgelöst. Ein neuer Kandidat für den Botschafterposten, Jon Huntsman, der von Präsident Donald Trump vorgeschlagen wurde, ist noch nicht vom US-Senat in diesem Amt bestätigt worden.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/31725/88/317258872.jpg>

de.sputniknews.com: Kreml reagiert „unhysterisch“ auf Sperrung diplomatischer Objekte Russlands in USA

Russland will als Antwort auf den Beschluss der US-Behörden, diplomatische Objekte Russlands zu schließen, „professionell und ruhig“ verfahren. Das erklärte am Donnerstag der russische Botschafter in den USA, Anatoli Antonow, nach seiner Ankunft in Washington gegenüber Journalisten.

„Jetzt heißt es, sich mit der (aktuellen Situation – Anm. d. Red.) ruhig auseinanderzusetzen. Man muss ruhig und professionell handeln. Mit Lenins Worten gesprochen: Wir brauchen keine hysterischen Anfälle“, so Antonow...

de.sputniknews.com: Weißes Haus zu Schließung von russischem Konsulat: „Es war Trumps Entscheidung“

Die Entscheidung, das russische Generalkonsulat in San Francisco zu schließen, hat US-Präsident Donald Trump selbst getroffen. Dies erklärte am Donnerstag die Sprecherin des Weißen Hauses Sarah Sanders.

„Das war die Entscheidung des Präsidenten“, so die Sprecherin.

Washington hätte Moskau vor Gegenmaßnahmen nach der Ausweisung von 700 US-Diplomaten aus Russland gewarnt.

„Wir haben uns dafür als Reaktion auf die vorherigen russischen Maßnahmen entschieden. Wir wollen bessere Beziehungen zwischen unseren Ländern aufbauen, aber wir wollen auch sicher sein, dass wir Entscheidungen treffen, die den US-Interessen entsprechen“, so Sanders weiter...

vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden fünfmal die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit.

Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Frunse, Kalinowo und Logwinowo**.
Geschossen wurde mit Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Putin sieht verstärkten Druck auf Pjöngjang als „Weg nach Nirgendwo“
Als fehlerhaft und perspektivlos hat Russlands Präsident Wladimir Putin es bezeichnet, Druck auf Pjöngjang auszuüben, um es zu zwingen, seine Raketentests einzustellen. Er fordert, das Problem der koreanischen Halbinsel soll in einem Dialog gelöst werden.

Putin verwies in seinem auf der Webseite des russischen Präsidenten veröffentlichten Artikel darauf, dass sich die Situation auf der koreanischen Halbinsel in der letzten Zeit zugespitzt habe und am Rande eines „massiven Konfliktes“ balanciere. Es sei fehlerhaft und perspektivlos, damit zu rechnen, „dass man die Raketen- und Atomprogramme Nordkoreas nur mittels Drucks auf Pjöngjang einstellen kann“.

Das Problem solle in einem Dialog, ohne Provokationen und Druck, gelöst werden.

„Provokationen, Druck, kriegerische und beleidigende Rhetorik sind ein Weg nach Nirgendwo“, sagte Putin.

Zudem teilte der russische Präsident mit, dass Russland und China einen Fahrplan zur Regelung der Situation um die koreanische Halbinsel entwickelt hätten. Dessen Ziel sei es, die Spannungen schrittweise zu reduzieren und einen Mechanismus zu schaffen, um den Frieden und die Sicherheit zu festigen.

Zuvor hatten Russland und China eine „Roadmap“, einen Fahrplan, zur Lösung des Nordkorea-Atomproblems vorgelegt. Danach soll Nordkorea ein Moratorium über Atomtests und Raketentests einführen, während Südkorea und die USA auf Übungen in der Region verzichten sollen.

Zudem schlug Russland vor, einen Plan zu entwickeln, um schrittweise wieder vertrauen herzustellen und Bedingungen für die Wiederaufnahme der Sechser-Gespräche zu schaffen. Laut übereinstimmenden Angaben aus Japan, Südkorea und den USA hatte Nordkorea am frühen Dienstagmorgen unangekündigt eine ballistische Rakete über japanisches Territorium abgefeuert. Die Rakete ist den Berichten nach etwa 2700 Kilometer weit geflogen und rund 1180 Kilometer östlich der nördlichsten Hauptinsel Hokkaido in den Pazifik gestürzt.

Dan-news.info: „Insgesamt wurden in den letzten 24 Stunden **17 Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Bei den Beschüssen der DVR verwendeten die Einheiten des Gegners Mörser, Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen sowie Schusswaffen. Auf die frontnahen Zonen in Richtung Donezk wurde von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus 14 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen. In Richtung Mariupol und Gorlowka wurden Beschüsse von zwei Ortschaften mit Panzertechnik und Schusswaffen festgestellt.

de.sputniknews.com: US-Außenministerium: Das bedeutet „Sperrung“ russischer diplomatischer Objekte

Eine Sperrung der Gebäude in New York und Washington mit Handelsvertretungen Russlands bedeutet nicht die Schließung der Missionen selbst. Es geht nur um die Einhaltung der Parität auf das Eigentum zwischen den beiden diplomatischen Korps. Das sagte ein Sprecher des US-Außenministeriums am Freitag gegenüber RIA Novosti.

„Wir schließen nicht die Handelsbüroräume, wir unternehmen nur Handlungen gegenüber dem Eigentum“, so der Sprecher. „Dieses Vorgehen erfolgte im Kontext der Eigentumspartität zwischen unseren zwei diplomatischen Missionen.“...

Dan-news.info: Gratulation des Oberhauptes der DVR zum Tag des Wissens und zum

Schuljahresbeginn

Liebe Landsleute, ich gratuliere aufrichtig zum Tag des Wissen und zum Beginn des neuen Schuljahrs!

Am 1. September öffnen sich die Türen der Schulen und Hochschulen für Tausende von jungen Leuten. An diesem Tag werden gestrige kleine Kinder zu Erstklässlern, Abiturienten zu Studenten, vor denen sich eine neue Welt des Wissens und erstaunlicher Entdeckungen auftut. Ich wünsche jedem, der sich Wissen aneignet, Erfolg beim Lernen, interessante Gespräche und tägliche Eroberungen neuer Höhen!

In der Republik hat eine Reform des Bildungssystems begonnen, die auf eine vollständige Modernisierung des Prozesses, die Einführung moderne Formen und innovativer Lernmethoden gerichtet ist. Hauptziel der Veränderungen ist es, dass die Schüler und Studenten aktuelle Kenntnisse erwerben, die sie für ihre berufliche Verwirklichung in der Zukunft benötigen. Die erfolgreiche Einführung solcher Programme ist in vielem ein Ergebnis der fruchtbaren Aktivität des Fachministeriums und der Pädagogen aller Bildungseinrichtungen der DVR.

Liebe Lehrer, Sie unterrichten nicht einfach unsere Kinder – Sie legen bei ihnen ein Fundament für staatsbürgerliches Verantwortungsbewusstsein, Patriotismus, gegenseitigen Respekt und allgemeinemenschliche Werte. Dank an Sie für Ihre gute Arbeit und den großen Beitrag für die Zukunft unserer jungen Generation.

Ich wünsche den Schülern und den Lehrern gegenseitiges Verständnis, Hartnäckigkeit beim Erlangen von Wissen und einen friedlichen Himmel!

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Alexandr Sachartschenko

de.sputniknews.com: Putin: Regelungen für verbesserte Lage in Syrien möglich
Russland und eine Reihe von anderen interessierten Ländern haben dazu beigetragen, Bedingungen für eine Verbesserung der Situation in Syrien zu schaffen. Das hat Russlands Präsident Wladimir Putin erklärt.

„Dank dem Vorgehen Russlands und anderer interessierter Staaten haben sich in letzter Zeit in Syrien Voraussetzungen für eine Verbesserung der Situation gestaltet.“ Das schrieb Putin in einem vom Kreml-Pressedienst verbreiteten Beitrag im Vorfeld des Gipfels der BRICS-Gruppe Anfang September im chinesischen Xiamen.

„Den Terroristen wurde ein starker Schlag versetzt. Es sind die Bedingungen für die Aufnahme einer politischen Regelung und die Rückkehr der syrischen Bevölkerung zum friedlichen Leben geschaffen.“

Zugleich betonte Putin, der Anti-Terror-Kampf in Syrien und anderen Ländern müsse weiter fortgesetzt werden.

„Russland ruft auf, nicht in Worten, sondern in Taten eine umfassende Anti-Terror-Front auf allgemein anerkannter völkerrechtlicher Basis zu bilden, unter führender Rolle der Uno“, fügte der Präsident hinzu.

Dabei lege Moskau viel Wert auf Unterstützung anderer BRICS-Länder in diesem Bereich. Der BRICS-Gipfel findet vom 3. bis zum 5. September in Xiamen in der südostchinesischen Provinz Fujian statt. Der BRICS-Gruppe gehören neben Russland auch Brasilien, Indien, China und Südafrika an.

Dan-news.info: Gratulation des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko aus Anlass des islamischen Opferfestes

Liebe Landsleute! Von ganzem Herzen will ich den Muslimen des Donbass zu einem der wichtigsten Feiertage des Islam gratulieren – zum Opferfest!

Die Muslime sind ein unabdingbarer Teil unserer multinationalen und multikonfessionellen Gesellschaft, die Muslime des Donbass nehmen aktiv Anteil am gesellschaftlichen,

kulturellen und politischen Leben der Donezker Volksrepublik. Anhänger des Islam bauen und entwickeln die Republik, sie verteidigen unseren Staat gegen den Feind, kämpfen für Freiheit und Unabhängigkeit.

Das Opferfest lehrt die Ideale des Guten und der Barmherzigkeit, vereint alle Muslime und schließt sie zusammen, unterstützt das gegenseitige Verständnis und den Respekt.

An diesem hellen und guten Feiertag will ich Ihnen starke Gesundheit, Gutes und Frieden wünschen! Dass in den Häusern und Familien aller Muslime immer Freude und Wohlergehen seien. Glück und Gutes Ihnen, verehrte Landsleute! Zum Feiertag!

Das Oberhaupt der Donezker Volksrepublik Alexandr Sachartschenko

de.sputniknews.com: Putin und Lukaschenko planen Inspektion bei Manöver „Zapad 2017“

Der russische Präsident Wladimir Putin und sein weißrussischer Amtskollege Alexander Lukaschenko wollen die strategischen Übungen „Zapad 2017“ („Westen 2017“) besuchen.

Das hat Kreml-Sprecher Dmitri Peskow gegenüber der Zeitung „Iswestija“ angekündigt.

Im Rahmen von „Zapad 2017“ erfolgen Manöver zweier Armeen. Zuletzt beobachteten die beiden Präsidenten dem Blatt zufolge vor vier Jahren Manöver ihrer Armeen bei „Zapad 2013“. Damals besuchten die Präsidenten die Region Grodno in Weißrussland und flogen danach in die russische Region Kaliningrad.

Diesmal planen die Staatschefs Peskow zufolge, einen Stützpunkt in Russland zu besuchen.

Die russisch-weißrussischen Übungen „Zapad 2017“ („Westen 2017“) werden vom 14. bis zum 20. September in Weißrussland abgehalten. Daran sollen bis zu 12.700 Soldaten – 7200 weißrussische und 5500 russische – teilnehmen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31726/16/317261687.jpg>

ukrinform.ua: Zapad-Manöver: Poroschenko sieht Bedrohung für Ukraine

Das russisch-weißrussische Militärmanöver „Zapad 2017“ (Der Westen 2017) stellt eine Gefahr für die Ukraine dar.

Das erklärte der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko in einem Kommentar zur Truppenübung. Ein Video mit dem Kommentar veröffentlichte der Pressesprecher von Poroschenko Svyatoslav Tsegolko, auf Facebook.

„Bezüglich des Zapad-Manövers - wir widmen der Durchführung dieses Manövers große Aufmerksamkeit, wir sehen Möglichkeiten der Bedrohung, darunter auch für die territoriale Integrität der Ukraine“, sagte der Präsident.

Poroschenko betonte dabei, der weißrussische Präsident Alexandr Lukaschenko habe ihm bei einem Besuch in Kiew versichert, dass es keinesfalls eine Gefahr von dem weißrussischen Territorium gebe, weder heute noch in der Zukunft. „Ich hoffe, dass dieses Wort eingehalten wird. Es gibt jetzt keinen Grund, daran zu zweifeln“, sagte Poroschenko. Weiter sagte er, die Ukraine werde genau beobachten, dass alle russischen Kriegsgeräte nach dem Ende des Manövers abgezogen würden.

Die aktive Phase des russisch-weißrussischen Militärmanövers ist für den Zeitraum von 14. bis 20. September geplant.

de.sputniknews.com: Schließung des Konsulats: Lawrow verspricht USA „harte Antwort“
Hinter der Entscheidung der US-Regierung, weitere diplomatische Vertretungen Russlands zu schließen, sieht der russische Außenminister Sergej Lawrow einen „Anfall“ des amerikanischen Exzeptionalismus - und verspricht eine „harte Antwort“.

Die US-Regierung hatte am Donnerstagabend die Schließung des russischen Konsulats in San Francisco und von zwei Außenstellen in Washington und New York angeordnet.

„Wir werden hart auf Dinge reagieren, die uns völlig unbegründet schaden und allein vom Wunsch getragen sind, unsere Beziehungen zu belasten“, betonte Lawrow am Freitag.

Das US-Vorgehen gegen die diplomatischen Vertretungen Russlands verglich der Minister mit einem Paroxysmus, wie in der Medizin die Steigerung einer Krankheitserscheinung bezeichnet wird.

„Wir beobachten eine Art Paroxysmus, verbunden mit der von Präsident Barack Obama deklarierten Exklusivität (der USA — Anm. d. Red.)“, äußerte Lawrow.

Der diplomatische Streit zwischen Russland und den USA hatte Ende 2016 begonnen. Der damalige US-Präsident Barack Obama ließ kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt 35 russische Diplomaten ausweisen und Freizeitanlagen russischer Diplomaten in den USA schließen.

Moskau hatte damals von einer Reaktion abgesehen — in der Hoffnung auf bessere Beziehungen zu Washington unter Obamas Nachfolger Donald Trump. Weil das diplomatische Vermögen Russlands auch unter Trump gesperrt blieb und der US-Kongress Ende Juli sogar weitreichende Sanktionen gegen Russland verhängte, forderte Moskau von Washington, sein Botschaftspersonal in Russland mit dem russischen Botschaftspersonal in den USA zahlenmäßig in Einklang zu bringen...

Dan-news.info: „Heute konnten 111 Schulen nicht geöffnet werden, weil sie in der Nähe der Abgrenzungslinie liegen oder nicht wiederaufgebaut sind“, teilte die Bildungs- und Wissenschaftsministerin der DVR Larissa Poljakowa mit.

Sie unterstrich, dass dennoch heute alle Schüler der Republik zum Unterricht gegangen sind. Gestern wurde mitgeteilt, dass am 1. September das Schuljahr in den Schulen der DVR für mehr als 142.000 Schüler beginnt. In der Republik öffnen fast 500 Schulen für sie die Türen.

nachmittags:

Dan-news.info: „Das Ministerium erfüllt weiterhin die sozialen Garantien für die Bergleute bezüglich der Versorgung mit kostenloser Kohle für den Haushaltsbedarf. So wurden von Januar bis August dieses Jahres von den Kohleempfängern der aktiven staatlichen kohlefördernden Betriebe der Republik bereits 120.714 Tonnen Haushaltskohle abgeholt, was 64,6% des für 2017 notwendigen Umfangs sind“, teilte das Kohle- und Energieministerium

der Republik mit.

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin (**Wochenrückblick**)

In der letzten Woche haben die Streitkräfte der Donezker Volksrepublik den Wettbewerb der Panzermansschaften abgeschlossen und die besten Panzersoldaten der DVR bestimmt.

Außerdem haben in den Verbänden und Truppenteilen taktische Übungen stattgefunden.

Die Streitkräfte der DVR führen weiter gemeinsamen mit anderen militärischen Strukturen der Republik Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus und zum Kampf gegen Diversions- und Erkundungsgruppen des Gegners durch.

In den letzten 24 Stunden wurden 17 Verletzungen des Regimes der Feueinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

In Richtung Donezk hat der Gegner Mörser, Schützenpanzer, Schützenpanzerwagen und Schusswaffen verwendet. Auf **fünf Ortschaften** und die umliegenden Gebiete wurden 14 Mörsergeschosse des Kalibers 82mm abgeschossen.

In Richtung Mariupol hat der Gegner **eine Ortschaft** mit Schusswaffen beschossen.

In Richtung Gorlowka hat der Gegner beim Beschuss von **einer Ortschaft**

Schützenpanzerwaffen verwendet.

Insgesamt hat der Gegner **in der letzten Woche 186 Mal** das Regime der Feueinstellung verletzt und 642 Artillerie-, Panzer- und Mörsergeschosse des Kalibers 120 und 82mm auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden **22 Ortschaften der Republik** beschossen, in einem von ihnen wurde ein Haus zerstört.

Ab 00:00 Uhr am 25. August gilt nach einer zusätzlichen Vereinbarungen ein Regime der vollständigen Feueinstellung. Die Streitkräfte der Donezker Volksrepublik halten das Regime der „Ruhe“ streng ein. Zur Durchführung einer strengen Kontrolle über dessen Einhaltung arbeiten in allen Einheiten der Verbände und Truppenteile rund um die Uhr Arbeitsgruppen aus Offizieren des Verteidigungsministeriums und der Koordination der Volksmiliz der DVR.

Im Fall der Anwendung von Waffen von Seiten der Streitkräfte der DVR sind die Leiter dieser Arbeitsgruppen verpflichtet, unverzügliche und effektive Maßnahmen zur sofortigen Feueinstellung zu unternehmen sowie eine detaillierte Untersuchung und Bestrafung aller schuldigen Funktionsträger vorzunehmen. Derzeit ist die Anwendung dieser Maßnahmen nicht erforderlich, weil unser Kommando und unsere Soldaten den Befehl des obersten Kommandeurs – des Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko – über eine Einhaltung des „Schulwaffenstillstands“ einwandfrei erfüllen.

Zu unserem großen Bedauern sehen wir keine erwidernde Reaktion von Seiten der ukrainischen Streitkräfte.

Seit dem 25. August gab es keinen einzigen Tag, wo die Einheiten der 72. mechanisierten Briagde, der 57. Panzergrenadierbrigade und der terroristischen Bande „Donbass“ nicht alle bei ihnen vorhandenen Waffen verwendet haben. **Am aktiven** wurden von Seiten dieser Einheiten **Jasinowataja** sowie die Ortschaften **Spartak, Jakowlewka, Wasiljewka und Krutaja Balka im Jasinowaotaja-Bezirk sowie Shaibtschewo im Petrowskij-Bezirk von Donezk beschossen**. Dabei hat der Gegner unter schweigender Zustimmung der Kommandeure dieser Einheiten, der Kriegsverbrecher Sokolow, Krasilnikow und Wlasenko, und oft auf ihren direkten Befehl schwere Artillerie, Panzer, Mörser, Granatwerfer, großkalibrige Maschinengewehre und Schusswaffen verwendet.

Außerdem haben die ukrainischen Truppen begonnen, noch aktiver **Scharfschützengruppen** einzusetzen. Häufig verwenden sie Schalldämpfungsvorrichtungen für die Schusswaffen. Die Unterstützer der Kriegsverbrecher, ukrainische Freiwillige, haben die Lieferungen von selbst hergestellten Adaptern zur Verwendung von 82mm-Mörsergeschossen mit

Antipanzerhandgranatwerfern des Typs RPG-7 sowie von Drohnen, die Kampfmittel tragen können, verstärkt. All diese Maßnahmen senken die Wahrscheinlichkeit, dass Beobachter der OSZE-Mission die Waffen auf den Positionen der ukrainischen Streitkräfte entdecken können, erheblich und erschweren auch die Feststellung der Ergebnisse ihrer Verwendung.

Gleichzeitig erfüllen die ukrainischen Kämpfer wie zuvor die Aufgaben zur **Durchführung von Provokationen und zur Destabilisierung** der Lage.

Seit Beginn des „Schulwaffenstillstands“ ist in der Folge von Beschüssen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte **ein friedlicher Einwohner verletzt** worden und **zwei Verteidiger** der Republik wurden **getötet**, ein Wohnhaus wurde beschädigt, außerdem geriet ein **Filmteam des russischen föderationsweiten Fernsehsenders „Rossija 1“ unter Beschuss**. Dies ist eine deutliche Bestätigung dessen, wie die ukrainischen Kämpfer das Regime der Feueereinstellung einhalten.

Das ukrainische Militärkommando hat vor kurzem erklärt, dass es bereit ist, eine dienstliche Untersuchung zu jedem Fall von Verletzung des Regimes der „Ruhe“ durchzuführen und seine Kämpfer bis hin zu Strafverfahren für solche Verstöße zur Verantwortung zu ziehen. Ich möchte darauf hoffen, dass das Kommando der „ATO“ in Bestätigung seiner Worte in Bezug auf die aufgezählten Fälle Strafverfahren gegen die Schuldigen einleiten wird. Aber die Praxis zeigt, dass die an Kriegsverbrechen gegen das Volk des Donbass Schuldigen oft staatliche Auszeichnungen aus der Hand ihres Anführers Poroschenko erhalten.

Nach uns vorliegenden Informationen nutzt das Kommando der ukrainischen Streitkräfte den „Schulwaffenstillstand“ als Deckung für die Konzentration von Kräften und Mitteln in der „ATO“-Zone. Es werden aktiv Waffen und Militärtechnik in Richtung Starognatowka und Marjinka zusammengezogen. Unter dem Anschein der Durchführung von Übungen werden **Reservisten in einer Gesamtzahl von 1500 Mann nach Artjomowsk** gebracht. Mit ihnen sollen die Verbände und Truppenteile in der „ATO“-Zone aufgefüllt werden. Außerdem werden **technische Arbeiten zur Schaffung von Durchgängen in Minenfeldern in der „graunen Zone“** durchgeführt. Die Aufklärung des Gegners unter **Verwendung von Drohnen** wurde aktiviert. All diese Fakten widersprechen der allgemeinen Rhetorik der Kiewer Regierung über ihre Bereitschaft einen Weg der friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass zu verfolgen.

Die Aktivitäten von radikal eingestellten Nationalisten sowie von ukrainischen Politikern, die PR für sich betreiben, erschweren die Situation noch weiter. Unter anderem hat **Sementschenko** vor kurzem eine alte Sache aufgenommen und den **Beginn einer zweiten Etappe der Blockade des Donbass ausgerufen**. Dabei behindert die ukrainische Regierung diese rechtswidrigen Aktivitäten nicht, weil sie Unzufriedenheit von Seiten der Organisatoren und Teilnehmer der Blockade fürchtet.

Auf diese Weise setzt die ukrainische Seite nicht die geringsten Anstrengungen zur Stabilisierung der Lage ein, sondern im Gegenteil sind alle von ihr unternommenen Maßnahmen auf eine Wiederaufnahme des militärischen Konflikts im Donbass gerichtet.

de.sputniknews.com: Putins Vision: So spielen BRICS-Staaten und Russland eine positive Rolle in der Welt

Russlands Präsident Wladimir Putin hat einen programmatischen Beitrag über neue Horizonte der strategischen Partnerschaft im BRICS-Rahmen und die Rolle dieser Organisation in der Welt geschrieben. Der Kreml veröffentlichte den Artikel im Vorfeld des Gipfels der BRICS-Gruppe Anfang September im chinesischen Xiamen auf seiner offiziellen Webseite.

In dem Text schätzt der russische Präsident Chinas Rolle als BRISC-Vorsitzender im Jahr 2017 hoch ein. Putin ruft dazu auf, die Rolle dieser Organisation in Weltpolitik und Wirtschaft auf ein höheres Niveau zu heben. Der BRICS-Gruppe gehören neben Russland auch Brasilien, Indien, China und Südafrika an, wo insgesamt etwa 43 Prozent der Bewohner des Planeten leben.

Präsident Putin erklärt in seinem Beitrag: „Es ist wichtig, dass sich die Tätigkeit unserer Vereinigung auf die Prinzipien der Gleichberechtigung, Achtung und Berücksichtigung gegenseitiger Meinungen sowie eines Konsens stützt. Im BRISC-Rahmen wird nichts aufgezwungen. Wenn die Herangehensweisen nicht in allem übereinstimmen, erfolgt dann eine geduldige und mühevoll Arbeit zu ihrer Annäherung. Eine solche offene und vertrauensvolle Atmosphäre trägt zu einer erfolgreichen Umsetzung der uns gestellten Aufgaben bei.“

Zudem forderte er dazu auf, nicht in Worten, sondern in Taten eine umfassende Anti-Terror-Front auf allgemein anerkannter völkerrechtlicher Basis zu bilden, unter führender Rolle der Uno.

Die Situation auf der Korea-Halbinsel bewegt sich laut Putin am Rande eines groß angelegten Konfliktes. Dennoch seien die Probleme der Region mittels direkten Dialogs aller interessierten Seiten, ohne Vorbedingungen, zu lösen. Weiterer Druck auf Pjöngjang sei falsch und aussichtslos.

Was die Kooperation im Bereich Cybersicherheit anbelangt, so verweist der Präsident darauf, dass mehr Zusammenarbeit in diesem Bereich nötig sei.

„Der Abschluss eines Regierungsabkommens über internationale Informationssicherheit zwischen den BRICS-Staaten wäre ein wichtiger Schritt dafür.“

Moskau teile die Besorgtheit der BRICS-Staaten über die Ungerechtigkeit der jetzigen globalen Finanz- und Wirtschaftsarchitektur. Laut Putin ist Russland bereit, Reformen im Finanzsektor zu fördern, um gemeinsam mit seinen BRICS-Partnern die Dominanz einer „beschränkten Zahl der Reservewährungen“ bewältigen zu können.

Der Staatschef macht zudem auf Russlands Initiative zur Gründung einer Plattform für BRICS-Energieforschungen aufmerksam. Diese soll sowohl die nötigen Forschungen durchführen als auch künftige gemeinsame Investitionsprojekte im Energiebereich fördern. Seiner Ansicht nach müssten die Staaten der Gruppe ferner die Kooperation im Bereich des Klein- und mittelständischen Unternehmertums intensivieren. Erörtert werde unter anderem eine mögliche Gründung eines BRICS-Geschäftsfrauenklubs als ein Netz für berufliche Kontakte zwischen Business-Frauen mit Hilfe einer spezialisierten elektronischen Informationsressource.

Die Vertreter der BRICS-Mitglieder treffen sich vom 3. bis zum 5. September in Xiamen in der südostchinesischen Provinz Fujian zum Gipfel. Der vorherige BRICS-Gipfel wurde im Oktober 2016 in Indien durchgeführt.

Dnr-online.ru: Der Stand der Zahlungen für kommunale Dienstleistungen ist in diesem Jahr in der DVR ein wenig gestiegen. Dies zeugt sowohl von einer Erhöhung des Verantwortungsbewusstseins der Bürger als auch von einer gewissen Stabilisierung der Situation. Darüber berichtete heute auf Grundlage von Berichtsdaten von den kommunalen Unternehmen der stellvertretende Minister für Wohnungsbau und Kommunalwirtschaft der DVR Witalij Kishajew.

Er merkte an, dass im Ergebnis des ersten Halbjahrs 2017 der Stand der Zahlungen der Bevölkerung an die Unternehmen 90,6% betragen, was um fast 2 % mehr ist als im ersten Halbjahr 2016 (89%).

„In dem genannten Zeitraum betrug der Zahlungsstand bei den Wasserversorgungsunternehmen 73%, bei der Heizung 99,9%, bei den Mieten 83,2%, bei der Müllabfuhr 87%“, teilte Witalij Kishajew mit.

Die Mehrheit der Einwohner der Republik, 77,3%, zahlen für die Wohnungs- und kommunalen Dienstleistungen über die Filialen der Zentralen Republikanischen Bank. Die übrigen Zahlungen gehen über die Kassen der Unternehmen und Postfilialen.

Ukrinform.ua: UNO schickt humanitäre Hilfe in besetzte Gebiete

Sieben Lastwagen der UNO bringen rund 41 Tonnen Hilfsgüter in die besetzten Gebiete der Oblast Luhansk.

Es geht vor allem um Lehrmittel für Schulkinder und Hygienemittel, teilte der Grenzschutzdienst der Ukraine mit. Die Lastwagen hätten den Kontrollpunkt „Nowotroizke“ passiert.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR

Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen,

Wochenrückblick)

In der letzten Woche haben die ukrainischen Truppen das Regime der Feuereinstellung **44 Mal** verletzt. Es wurde mit verschiedenen Arten von Waffen geschossen, Mörser des Kalibers 82mm, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen.

Insgesamt wurden auf das Territorium der Republik 150 Geschosse abgeschossen. **Im Vergleich zur letzten Woche** ist die **Zahl der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte erheblich gesunken.**

In dieser Woche gab es in der Folge der ukrainischen Aggression **keine Verletzten** unter der Zivilbevölkerung und den Soldaten der LVR.

Von Seiten der Kiewer Truppen wurden die Gebiete von **Kalinowka, Lowinowo, Losowoje, Donezkij, Perwomajsk, Marjewka, Beresowskoje, Kalinowo, Prischib, Krasnyj Liman, Pankowka, Sholtoje, Shelobok, Frunse, Krasnyj Jar** beschossen.

Die Befehle zur Eröffnung des Feuers erteilten der Kommandeur der 53. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Grusewitsch, der Kommandeur der 10.

Gebirgsturmbriade der ukrainischen Streitkräfte Subanitsch, der Kommandeur der 58.

Panzergrenadierbrigade der ukrainischen Streitkräfte Drapatyj, der Kommandeur der 14. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Shakun.

Die Regierung der Ukraine spart wieder an der eigenen Armee. Wegen der Verspätungen bei den Soldzahlungen sind die Soldaten, die von den Kommandeuren der Willkür des Schicksal überlassen wurden, gezwungen Waffen an die örtliche Bevölkerung und radikalen Organisationen der Ukraine zu verkaufen.

So haben Soldaten der 14. Brigade der ukrainischen Streitkräfte eine Detonation eines Waffen- und Munitionslagers im Gebiet von Stschastje herbeigeführt, um einen Diebstahl zu verdecken. Die am Stationierungsort der Brigade eingetroffene Kommission stellte den vorsätzlichen Charakter des Brands fest. Im Zusammenhang damit hat die

Militärstaatsanwaltschaft ein Strafverfahren wegen Diebstahls von Munition eingeleitet.

Die ukrainischen Streitkräfte nutzen die Notsituation im Zusammenhang mit der Brandgefahr wegen des heißen Wetters in der Republik und **verwendeten Brandgeschosse**, um maximalen Schaden anzurichten und in der Nähe von Ortschaften Brandherde zu schaffen.

Im letzten Monat wurden auf dem Territorium der Republik in der Folge von Beschüssen durch die ukrainischen Streitkräfte 53 Wohnhäuser durch Brände vernichtet.

Nach unseren Informationen sind **im August 46 Soldaten der ukrainischen Streitkräfte gestorben**. Davon sind nur **20 kampfbedingte Verluste** und **26 nicht kampfbedingte**.

Die jüngsten der toten Soldaten der ukrainischen Streitkräfte waren 18 und 19 Jahre alt, der älteste 53. Vier Soldaten starben am 12. August im Gebiet von Staniza Luganskaja durch Vergiftung durch illegalen Alkohol. Am 16. August starben zwei Soldaten im Gebiet von Popasnaja bei einem Verkehrsunfall. Am 26. August starb im Gebiet von Solotoje ein Soldat bei der Detonation einer Granate vom Type RGD-5, während er sie als Mine installieren wollte. Insgesamt sind im letzten Monat acht Soldaten der ukrainischen Streitkräfte durch Minen getötet worden, drei wurden verletzt.

Nach offiziellen Angaben betragen die Verluste der ukrainischen Streitkräfte **im August 10 Tote und 82 Verletzte**.

So können wir sehen, dass der Stab der „ATO“ wie zuvor die Bürger der Ukraine verletzt und das wahre Ausmaß der Verluste der ukrainischen Streitkräfte in der „ATO“-Zone verheimlicht. Wir erhalten auch weiter Informationen über Verbrechen durch Soldaten der ukrainischen Streitkräfte, die unter Alkohol- und Drogeneinfluss begangen werden.

Am 28. August hat ein Soldat der 3. Bataillons der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte unter Einwirkung von Drogen mit einem Maschinengewehr auf Kameraden geschossen. Der Vorfall ereignete sich im Gebiet von Katerinowka. An den Verletzungen starb ein Mann, ein zweiter kam ins Krankenhaus.

Am 29. August verließen Soldaten der 53. Brigade der ukrainischen Streitkräfte im Gebiet von Mironowskij unter Alkoholeinfluss ihre Positionen. Unter Drohung mit Waffengewalt nahmen sie einem örtlichen Einwohner das Fahrzeug mit dem Kennzeichen WAS 2105 weg, aber kamen mit der Lenkung nicht zurecht und fuhren gegen einen Strommast. In der Folge von Verletzungen unterschiedlichen Grades konnten sie den Ort des Geschehens nicht verlassen und wurden von einer Patrouille der Nationalpolizei festgenommen.

Das Fehlen von ukrainischer Technik und Waffen, die abgezogen sein müssten, in den Lagerorten kommt täglich in den OSZE-Berichten zum Ausdruck. Wie zuvor fehlt an den Lagerorten für Waffen der ukrainischen Streitkräfte folgende Technik: 2 122mm-Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“; 8 152mm-Haubitzen „Giazint-B“; 13 152mm-Haubitzen „Msta-B“; 18 152mm-Haubitzen „Akazija“; 6 122mm-Haubitzen D-30; 19 120mm-Mörser M120 und 2B11; 13 Panzer T-64 und T-72; 18 100mm-Antipanzergeschütze „Rapira“.

„Das Fehlen dieser Technik und Waffen wird schon seit langer Zeit festgestellt. Aber eine Reaktion von Seiten der ukrainischen Regierung darauf gibt es nicht. Die Mehrzahl dieser Waffen wird von den Einheiten der ukrainischen Streitkräfte bei den Beschüssen des Territoriums der Republik verwendet.

Die Aufklärung der Volksmiliz entdeckt weiter von den Minsker Vereinbarungen verbotene Waffen und Militärtechnik der ukrainischen Streitkräfte entlang der Kontaktlinie.

Im Gebiet von Stschastje wurden zwei Haubitzen 2S1 „Gwosdika“ entdeckt, im Gebiet von Popasnaja Positionen einer Mörserbatterie des Kalibers 120mm, zwei Unterstände mit Schützenpanzern der 10. Brigade der ukrainischen Streitkräfte; in Kalinowo wurden Feuerpositionen von zwei Mörserbatterien entdeckt und in Troizkoje Positionen einer Mörserbatterie, Feuerpositionen von zwei Mörserbatterien des Kalibers 120 und 82mm, ein Schützenpanzer wurde in Krymskoje entdeckt und in Luganskoje Feuerpositionen einer Mörserbatterie des Kalibers 120mm.

Diese Fakten bestätigen den Unwillen der ukrainischen Seite einen friedlichen Dialog zu führen und die Vereinbarungen zur Regelung der Situation im Donbass zu erfüllen.

de.sputniknews.com: **Sebastian Kurz appelliert: Desaster im Donbass muss verhindert werden**

Die Ostukraine ist eine der am stärksten industrialisierten Regionen Europas. Dass dort gekämpft wird, birgt das Risiko einer enormen Umweltkatastrophe. Davor warnt der österreichische Außenminister und OSZE-Vorsitzende Sebastian Kurz in einem Gastbeitrag für die Zeitschrift „Politico“. Sputnik hat den Kommentar aus dem Englischen übersetzt.

Die Ukraine hat in der jüngsten Geschichte schon einmal eine der fürchterlichsten, vom Menschen verursachten Umweltkatastrophen erlitten: das Reaktorunglück von Tschernobyl 1986. Jetzt leidet sie unter einem Krieg, der die Beziehung zwischen dem Donbass und der restlichen Ukraine vergiftet, das politische Klima zwischen Kiew und Moskau trübt und das Verhältnis von Russland zu anderen Ländern der Welt stört.

Der Konflikt hat aber auch das Potential, eine beträchtliche Umweltverschmutzung zu verursachen. Denn die andauernden Kämpfe sind eine Gefahr für Chlorgaslager, Chemie- und Stahlwerke, Giftmüll-Entsorgungsanlagen und Kohlegruben.

Die Situation ist eine tickende Zeitbombe. Da die gespaltenen Gebiete sehr nah beieinander liegen, wird ein Zwischenfall auf der einen Seite auch die Menschen treffen, die auf der anderen Seite leben – und womöglich weiterreichende Konsequenzen haben.

So ist in diesem Jahr ein Geschoss in ein Gebäude der Donezker Filterstation eingeschlagen, wo 7000 Kilogramm Chlorgas gelagert sind. Wäre es explodiert, wäre der Schaden katastrophal gewesen.

Eine der am stärksten industrialisierten Regionen Europas ist somit zu einer der gefährdetsten geworden.

Während die Krise in der Ukraine ins vierte Jahr geht, werden

Waffenstillstandsvereinbarungen täglich gebrochen. Zivilisten sind gefangen im Kreuzfeuer. Unbewaffnete OSZE-Beobachter werden bedroht, ihre Missionen behindert. Trotz der Minsker Abkommen, die dafür gedacht waren, die Lage zu stabilisieren, gelangen weiterhin schwere Waffen und Munition in die Region, Minen werden gelegt. Seit Jahresbeginn hat die Sonderbeobachtermission der OSZE in der Ukraine 347 zivile Opfer bestätigt: 64 Menschen wurden getötet, 283 wurden verletzt – das ist eine Zunahme von über 30 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Trotz der Verhandlungen in der Normandie-Gruppe (Russische Föderation, Ukraine, Frankreich und Deutschland) ist der politische Prozess ins Stocken geraten. Trotz der regelmäßigen Treffen der Trilateralen Kontaktgruppe (Ukraine, Russland und die OSZE, einschließlich der Vertreter unterschiedlicher Regionen des Donbass) bleibt die Normalisierung der Lage vor Ort in weiter Ferne.

Die Diplomatie wird noch Zeit brauchen, ihren Lauf zu nehmen. Zugleich müssen dringende Maßnahmen getroffen werden, um eine humanitäre Katastrophe und ein Umweltdesaster im Donbass zu verhindern.

Alle Seiten des Konflikts müssen zumindest den zivilen Zweck dieser Einrichtungen respektieren und ihnen fernbleiben. Sie sollten wie Sicherheitszonen behandelt werden.

Kommunikationskanäle für den Notfall sollten eingerichtet werden. Auch sollten geeignete Katastrophenschutzeinheiten samt Ausrüstung vorhanden sein.

Verschmutzung macht an Staatsgrenzen nicht halt. Daher sollte jeder, der in der Region lebt, ein Interesse daran haben, die Risiken zu reduzieren und einem Umweltdesaster vorzubeugen. Sollten Chemikalien, durch einen Fehltreffer freigesetzt, in die Flüsse oder ins Grundwasser gelangen, würden davon Hunderttausende Menschen betroffen sein. Das Überfluten von Kohlegruben hat das Potential, die Wasserversorgung zu kontaminieren und die Landwirtschaft zu vernichten – selbst im benachbarten Russland. Auch sollte die Gefahr für die Grundversorgung – mit Wasser oder Strom zum Beispiel – nicht unterschätzt werden.

Vergangenen Winter wurde in der Gegend der ostukrainischen Stadt Awdijiwka bei Minusgraden der Strom abgestellt. Stromnetze wurden repariert, dann beschossen, dann wieder repariert. Tausende Menschen blieben ohne Trinkwasser und Heizung.

In den letzten Wochen sind Wasseraufbereitungswerke und Pumpstationen unweit der Kontaktlinie immer wieder in die Schusslinie geraten. Über eine Million Menschen auf beiden Seiten der Linie sind von der Süd-Donbass-Wasserleitung abhängig – einschließlich fast einer halben Million stromabwärts in Mariupol. Ihre Wasserversorgung ist in Gefahr.

Alle Konfliktparteien müssen ihre politischen Ambitionen beiseitelegen und sich auf das Schicksal der Menschen in dieser verwüsteten Region fokussieren. Aus diesem Grund ruft der österreichische OSZE-Vorsitz zu einer Initiative zur Reduktion des Katastrophenrisikos für die Ostukraine auf. Die Trilaterale Kontaktgruppe (Ukraine, Russland und die OSZE) haben diesen Ansatz aufgenommen und werden ihn bei den kommenden Treffen diskutieren.

Dringend muss eine tatsachenbasierte Taktik entworfen werden, um ein Desaster zu verhindern, bei dem die Menschen im Donbass, die ohnehin schon sehr gelitten haben, buchstäblich vergiftet würden.

Um Frieden in der Ostukraine zu schließen, müssen die Seiten das Feuer einstellen. Ein guter

Ort, um damit zu beginnen, wäre der Bereich der kritischen Infrastruktur.

Dnr-online.ru: Seit Anfang 2015 wurden in der DVR 160 Schulen und 95 Vorschuleinrichtungen wiederaufgebaut, berichtete der stellvertretende Minister für Bauwesen und Kommunalwirtschaft Witalij Kishajew.

„In der Folge der Kämpfe wurden in der Republik 615 Objekte des Bildungswesens beschädigt, darunter 258 Schulen und 168 Kindergärten. 255 Schulen und Kindergärten wurden wiederaufgebaut. Bis zum 1. Oktober planen wir, die Arbeiten an fünf weiteren Schulen und sieben Vorschuleinrichtungen abzuschließen“, berichtete Witalij Kishajew. Er fügte hinzu, dass weitere 38 Schulen und 17 Vorschuleinrichtungen im Rahmen der 3. Wiederaufbauetappe wiederaufgebaut werden sollen.

„Die übrigen Objekte des Bildungsbereichs – 50 Schulen und 49 Vorschuleinrichtungen – planen wir im nächsten Jahr wiederaufzubauen. Diese Objekte befinden sich an der Abgrenzungslinie in Donezk, Gorlowka, Jasinowataja, Dokutschajewsk. Ein Teil der Schulen und Kindergärten haben nicht die notwendige Schülerzahl, die für den Unterrichtsprozess nötig sind und wurden entsprechend nicht in die Liste der vorrangig wiederaufzubauenden Objekte für dieses Jahr aufgenommen“, erklärte der stellvertretende Minister.

Ukrinform.ua: Biometrische Grenzkontrolle: Präsident setzt Beschluss des nationalen Sicherheitsrates in Kraft

Der Präsident der Ukraine Petro Poroschenko hat den Beschluss des Rates für Nationale Sicherheit und Verteidigung über biometrische Grenzkontrolle in Kraft gesetzt.

Der Staatschef unterzeichnete ein Dekret über die Inkraftsetzung des Beschlusses des nationalen Sicherheitsrates vom 10. Juli 2017 „Über die Verschärfung der Kontrolle für die Einreise in die Ukraine, die Ausreise aus der Ukraine von Ausländern und Staatenlosen und die Einhaltung der Aufenthaltsregeln durch sie“, meldet die Pressestelle des Staatschefs. Das Dokument sieht ab 1. Januar 2017 die Einführung eines nationalen biometrischen Erkennungssystems der Staatsbürger der Ukraine, Ausländer und Staatenlose bei der Grenzüberschreitung vor.

de.sputniknews.com: Ehrenbürgerwürde für Putin in Ungarn: Ukrainischer Innenminister Klimkin verärgert

Der Innenminister der Ukraine, Pawlo Klimkin, hat bei einem Treffen mit seinem ungarischen Amtskollegen Péter Szijjártó die Entscheidung der Ungarischen Universität Debrecen über die Verleihung des Ehrenbürgertitels an den russischen Präsidenten Wladimir Putin negativ bewertet. Das hat das ukrainische Außenamt verlautbart.

Das Treffen von Klimkin und Szijjártó fand während des Aufenthalts des ukrainischen Ministers in Budapest zu einem Ministertreffen der Visegrád-Gruppe und der „Ostpartnerschaft“ statt, meldet die ukrainische Agentur UNIAN.

Die beiden Politiker tauschten ihre Meinungen zum Zusammenwirken bei der Befriedigung der Bedürfnisse der ukrainischen Minderheit in Ungarn und der ungarischen Minderheit in der Ukraine aus.

Putin war am vergangenen Montag nach Ungarn gekommen. Am selben Tag hatte die Ungarische Universität Debrecen dem russischen Präsidenten den Ehrenbürgertitel in Würdigung seiner Rolle bei der Modernisierung des ungarischen Atomkraftwerks Paks verliehen.

Av-zakharchenko.su: Am 1. September öffnete in Makejewka die Donbasser Agrarakademie ihre Türen für die ersten Studenten – die erste landwirtschaftliche Hochschule in der Region. Die Akademie wurde auf Initiative des Oberhauptes der DVR gegründet, um hochqualifizierte

Spezialisten für die Unternehmen des Agrarkomplexes auszubilden.

Das Fest des ersten Lätens besuchten Alexandr Sachartschenko, der stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats der DVR Dmitrij Trapesnikow, die Bildungs- und Wissenschaftsministerin der DVR Larissa Pljakowa, Leiter von Behörden und Vertreter der Verwaltung von Makewjewka.

Die Akademie befindet sich bisher noch im ersten Entwicklungsstadium: zwei Unterrichtsgebäude mit Laboratorien und Hörsälen sind fertig. Computer und moderne Spezialliteratur für die Hochschule sind auf Erlass des Oberhauptes beschafft worden. Eine Entwicklung und Erweiterung der Akademie ist geplant, die Ausbildungsmöglichkeiten für Landwirtschaftsspezialisten sollen von der Fachschule bis zur Magisterausbildung gehen. Eines der wichtigsten Prinzipien der Arbeit der Akademie ist die vollständige Kooperation mit fachlichen Forschungsinstituten auf der einen Seite und landwirtschaftlichen Betrieben auf der anderen.

Heute hat die Hochschule etwa 400 Studenten aufgenommen, die in einigen Fachbereichen ausgebildet werden: „Gartenbau“, „Ackerbau“, „Agrochemie und Ackerbauwissenschaft“, „Veterinärmedizin“ und „Viehzucht“. Als Dozenten wurden örtliche Wissenschaftler und Spezialisten aus dem näheren Ausland gewonnen.

Das Republikoberhaupt merkte an, dass die Eröffnung der Akademie durch die aktive Entwicklung der Branche diktiert wurde.

„Als wir Ende 2015 begannen, uns in vollem Maße mit der Landwirtschaft zu befassen, kämpften wir mit einem Mangel an qualifizierten Spezialisten. Die Ukraine hat zwei Jahrzehnte lang die Landwirtschaft im Donezker Oblast ruiniert. Weil große Aufgaben vor uns lagen, wurde die Entscheidung getroffen, eine Agrar Akademie zu schaffen. Vom Zeitpunkt der Entscheidung bis zur Schaffung der Akademie vergingen kaum mehr als 1,5 Monate. Es wurde eine große Arbeit geleistet. Dank dem Vizepremier Dmitrij Trapesnikow, seiner Hartnäckigkeit und großen Lebensenergie hat die Akademie heute die ersten Studenten aufgenommen.“

Liebe junge Leute! Heute beginnen Sie mit dem Studium an der Agrar Akademie. Dies ist eine der besten Hochschulen der Republik. Aber die Hauptsache ist – Sie haben eine sehr wichtige Arbeit. Jeder hat seine Aufgaben – jemand verteidigt die Republik, jemand fördert Kohle und Sie sollen das Land ernähren. Sie – die Absolventen der Hochschulen werden für uns alle verantwortlich sein. Dass Brot, Fleisch, Milch in den Regalen ist. Dass unsere Äcker immer bestellt sind und die Soldaten an der Front, unsere Verteidiger, satt sind. Für die Lebensmittelsicherheit und die Kosten der Lebensmittel im Land. Weil wir jetzt ein eigener Staat sind, müssen wir ein starkes Hinterland haben – das sind Sie. Ihr Beruf hat besondere Aufmerksamkeit. Ich gratuliere Ihnen allen zur Eröffnung der Donbasser Agrar Akademie“, sagte Alexandr Sachartschenko.

Das Republikoberhaupt überreichte dem Rektor der Akademie die Lizenz für Durchführung von Bildungsgängen und den Studenten die Studentenausweise.

„Ich möchte noch einmal allen danken, die an der Schaffung der Akademie beteiligt waren. Dies sind das Bildungs- und Wissenschaftsministerium, die Verwaltung von Makejewka und das gesamte Lehrpersonal. Sehr geehrte Studenten, ich wünsche Ihnen den Sieg in allen Dingen, ein gutes Studium. Sie haben einen wunderbaren Beruf gewählt. Heute hat der Agrarbereich in der Republik besondere Aufmerksamkeit. Wir werden die Infrastruktur der Akademie auch weiter entwickeln. Wir werden alles Notwendige tun, damit die Hochschule die beste im postsowjetischen Raum ist“, sagte Dmitrij Trapesnikow.

Die Studenten versicherten, dass schon in einigen Jahren die Republik mit ihnen hochklassige Spezialisten haben wird.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-09/thumbs/1504285612_img_6480-760x507.jpg

de.sputniknews.com: IFJ: Grund für estnische Akkreditierungsabsage für russische Medien „nicht ernst“

Der Generalsekretär der Europäischen Journalisten-Föderation (IFJ), Ricardo Gutiérrez, hat den Grund, auf den sich Estland bei seiner Entscheidung stützte, Reporter der russischen Nachrichtenagentur „Rossiya Segodnya“ vom künftigen EU-Außenministertreffen auszuschließen, als „nicht ernst“ bezeichnet.

„In ihrer Antwort auf unser Signal beruft sich die estnische Regierung darauf, dass Russland den Hinweis des Europarates, den Russland nicht einmal unterzeichnet hat, sowie die Resolution des Europäischen Parlaments, die von einem polnischen Abgeordneten vorgelegt wurde, aber keinen obligatorischen Charakter hat, nicht eingehalten hat. Das ist nicht ernst“, sagte Gutiérrez.

Estland begründete die Akkreditierungsabsage folgenderweise: „In der Resolution vom 23. September 2016 hat das Europäische Parlament Sputnik (der Mediengruppe ‚Rossiya Segodnya‘ – Anm. d. Red.) eine Pseudo-Nachrichtenagentur genannt“.

„Angesichts der genannten Prinzipien behält sich die estnische Regierung das Recht vor, Privatpersonen oder Organisationen, die – wie bestätigt wurde – den Prinzipien der Journalistik nicht folgen, dem Zugang zu Medien-Veranstaltungen zu verweigern“, heißt es in einem Antwortschreiben Tallinns auf der Webseite des Europarates.

Moskau rief vor diesem Hintergrund alle zuständigen internationalen Strukturen auf, diesem eklatanten Fall besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Die Rechte russischer Journalisten dürften nicht beeinträchtigt und müssten gesichert werden, hieß es. Eine OSZE-Vertretung für Redefreiheit soll Estland dazu aufgefordert haben, seine Entscheidung zu revidieren.

Drei Korrespondenten der russischen Nachrichtenagentur hatten nach allen Regeln die Akkreditierung zu dem Gipfeltreffen am 7. und 8. September in Tallin beantragt und bekamen aufeinanderfolgend drei Absagen – ohne Erklärung der Gründe. Die Agentur war zum ersten Mal mit derartigen Einschränkungen beim Zugang zur Berichterstattung über die Ereignisse auf der Ministerebene unter der EU-Schirmherrschaft konfrontiert.

Ukrinform.ua: Poroschenko: 40 Prozent des ukrainischen Außenhandels entfallen auf EU-Länder

Nach Angaben des ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko entfallen 40 Prozent des ukrainischen Außenhandels auf die Europäische Union.

Poroschenko erklärte im Zusammenhang mit dem offiziellen Inkrafttreten des Assoziierungsabkommens mit der EU: „In sechs Monaten des laufenden Jahres ist der ukrainische Handel mit Waren und Dienstleistungen mit den EU-Ländern um 22 Prozent gestiegen. Fast 40 Prozent unseres Außenhandels entfallen auf die Europäische Union“. Der Staatschef bezeichnete das als eine „historische Änderung der ukrainischen Exportgeografie“. „Das sind schon unumkehrbare Prozesse der Integration der ukrainischen Wirtschaft in den Markt der EU“, betonte er.

Laut Poroschenko ist der 1. September 2017 ein historischer Tag für die unabhängige Ukraine. „Heute tritt das Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union in vollem Umfang in Kraft.

Dnr-online.ru: In einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR berichtete der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko von der Lage bezüglich des „Schulwaffenstillstands“.

„Zu meinem großen Bedauern ist es sehr schwierig, dies Waffenstillstand zu nennen. Die Soldaten der ukrainischen Streitkräfte beschießt weiter Sajzewo. In diesem Jahr gibt es dort keine Schüler, wir fahren sie in die Schule nach Nikitowka. Beschossen wird auch Oserjanowka, die Siedlung 6/7. Die Ukraine will ihre vertraglichen Verpflichtungen nicht einhalten, das ist wie immer mit dem offiziellen Kiew. Vor dem „Schulwaffenstillstand“ war der „Brotwaffenstillstand“, dabei haben die Beschüsse keinen einzigen Tag aufgehört“, kommentierte Iwan Prichodko.

de.sputniknews.com: Sanktionen stehen Kopf: Berlin fordert von Washington Zugeständnisse an Moskau

Noch vor der Verhängung neuer US-Sanktionen gegen Russland, hat Bundesaußenminister Sigmar Gabriel die Strafmaßnahmen scharf kritisiert. Jetzt warnt er Washington vor einer „neuen Eiszeit“ mit Russland.

Würden die Beziehungen zu Moskau sich verschlechtern, kämen unberechenbare Folgen auf die europäische Energiewirtschaft zu, sagte Gabriel nach dem Treffen mit seinem US-Amtskollegen Rex Tillerson am Dienstag. Man fürchte, die Geschäftsbeziehungen zu Russland würden gänzlich abreißen...

Dnr-online.ru: Der Bürgermeister der Hauptstadt der DVR Alexej Kulesmin besuchte heute das Fest zum Schuljahresbeginn in der Donezker jüdischen Schule Nr. 99 „Or-Menachem“. „Es ist erfreulich zu sehen, dass am 1. September hier eine neue Runde des Lebens beginnt. Ich sehe bei den anwesenden Kindern unglaubliches Engagement und Disziplin. Danke an das Schulkollektiv, dass Sie die Traditionen des Volkes ehren, bewahren und an die Kinder weitergeben. Ich wünsche, dass bald Frieden in unser Land kommt und uns unsere Kinder immer erfreuen“, sagte der Bürgermeister zu den Anwesenden.

Während des Festes überreichte Alexej Kulesmin den Kindern Geschenke. Die Direktorin von „Or-Menachem“ Anna Sidorenko bedankte sich bei der Stadtverwaltung.

„Ihr seid in eine ungewöhnliche Schule gekommen, wo ihr viele interessante Dinge lernen werdet. Und ich gratuliere allen Kindern, die sich in diesem Gebäude befinden, zum Tag des Wissens. Ich wünsche nur gute und ausgezeichnete Noten, echte Freunde und dass ihr immer neues Wissen erlangt. Den Eltern und Mitarbeitern wünsche ich Geduld, Weisheit und

grenzenlosen Optimismus im Leben“, sagte die Direktorin der Schule.

ukrinform.ua: Im Charkower Untersuchungsgefängnis wehrte man die Vorwürfe (Nelly) Stepas, geschlagen worden zu sein, ab

Die Ex-Bürgermeisterin von Slawjansk Nelly Steps die im Charkower Untersuchungsgefängnis inhaftiert ist, zog sich die Verletzungen bei einem Sturz und nicht, wie von ihr behauptet, bei einer Misshandlung zu.

Dies erklärte vor Journalisten der stellvertretende Leiter der Charkower Gefängnisses für sozial-erzieherische und psychologische Arbeit Dmitri Cholod, als er die schriftliche Erklärung Stepas an den Justizminister zu ihrer Misshandlung in der Haftanstalt kommentierte, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

„Diese Tatsache kann ich mit der Begründung widerlegen, dass alle Vorfälle, besonders solche, in unserer Einrichtung, wie auch in allen anderen, dokumentiert werden.

Es gibt ihre Erklärung, in der sie aussagt, woher sie diese Verletzungen hat, und von Misshandlung ist da keine Rede. Die Rede ist von einer Unvorsichtigkeit, als sie in der Zelle gestürzt ist. Sie hat alles ausführlich erklärt: wann wie was passiert ist. Sie hat alles selbst aufgeschrieben“, sagte Cholod.

Seinen Worten nach sei die Beschwerde an den Minister einfach ein Versuch, Aufmerksamkeit zu erregen.

(Zuvor hatte Nelly Stepa erklärt, ein Offizier habe sie verprügelt, ihre Anzeige dazu sei jedoch nicht aufgenommen worden. Auch medizinische Hilfe sei ihr zunächst verweigert worden.

Außerdem habe sie unter verschiedenen Schikanen zu leiden – Anm. d. Übers.).

Der Vertreter der Haftanstalt erklärte auch, dass die Verlegung Stepas von Zelle zu Zelle verbunden sind mit Reparaturarbeiten. „Im 4. Gebäude des Untersuchungsgefängnisses sind 124 Frauen inhaftiert, sie sind in 18 Zellen untergebracht unter ungefähr gleichen Bedingungen“, fügte Cholod hinzu.

Wie Ukrinform berichtete, erklärte Stepas Anwalt Alexandr Schadrin, dass Nelly Stepa an den Justizminister einen Antrag mit der Bitte gerichtet hatte, eine offizielle Inspektion im Charkower Gefängnis durchzuführen. Zum Beispiel erklärte sie, dass am 24. Juni ein Offizier der Bewachung habe sie verprügelt, wobei sie sich umfangreiche Blutergüsse an den Händen und an der Stirn zugezogen habe. Außerdem, so der Anwalt, wurde Stepa dreimal in eine andere Zelle verlegt. (Im Antrag führt sie dazu aus, dass zuweilen in der Zelle mehr als 10 Häftlinge untergebracht waren, davon einige mit offener Tuberkulose – Anm. d. Übers.)

Am 31. August erklärte ein anderer Anwalt Stepas, Dmitri Martschenko, dass seine Mandantin für 10 Tage in Isolationshaft gesetzt wurde, weil sie sich geweigert hatte, ihre reguläre Zelle nach 22:00 zu verlassen.

Stepa war am 11. Juli 2014 aufgrund des Verdachts des Angriffs auf die territoriale Integrität der Ukraine sowie der Teilnahme an Aktivitäten terroristischer Gruppen festgenommen worden. Vor Gericht hatte sie erklärt, dass sie unter dem Druck der Militanten gehandelt habe. Ihr droht eine lebenslange Haftstrafe.

(Am 23. August brachte Nelly Stepa vor Gericht einen Antrag zur unverzüglichen Freilassung ein, da dem Gericht in den 3 Jahren ihrer Haft keine direkten Beweise ihrer Schuld vorgelegt werden konnte. Dieser Antrag wurde abgelehnt – Anm. d. Übers.)



https://static.ukrinform.com/photos/2017_05/thumb_files/630_360_1495912606-5261.jpg

Av-zakharchenko.su: Bei einem der wichtigsten Feiertage des Islam, dem Opferfest, versammelten sich bei einem offiziellen Empfang des Oberhauptes der DVR Vertreter verschiedener Konfessionen der Republik.

Die Anwesenden merkten an, dass der Tag für ein erstes solches Treffen der verschiedenen Glaubensrichtungen nicht zufällig gewählt ist: das Opferfest ist ein heller Feiertag der Einheit, des Glaubens und des Friedens. Die Gäste merkten an, dass die Aggression gegen die DVR die Religionen nicht unterscheidet, die ist gegen Kirchen, Moscheen und Synagogen gerichtet, unter den Geschossen sterben Menschen aller Nationalitäten.

„Dieser Feiertag hat heute unterschiedliche Menschen vereint. In unserer Kriegssituation ist dies sehr beispielhaft, denn die Republik verteidigen Christen, Moslems, Juden ... In den Schützengräben gibt es keinen Unterschied aufgrund des Glaubens. Bei uns holen Muslime Christen aus dem Kugelhagel heraus und sie teilen mit den Muslimen ihr Blut. Deshalb sind wir alle gleich, wir gehen gemeinsam zu einem Ziel.

Ich gratuliere allen Moslems zum Feiertag! Glück und Wohlergehen, familiäre Wärme und Gesundheit“, sagte Alexandr Sachartschenko.

de.sputniknews.com: Ukrainische Polizisten bestehlen kanadischen Ausbilder

In der Ukraine haben Polizisten einen Kollegen aus Kanada bestohlen, der zur Ausbildung der ukrainischen Streifenpolizisten nach Kiew gekommen war. Dies berichtet die Nachrichtenwebseite Strana.ua.

Der Vorfall hat sich demnach noch im vergangenen April ereignet. Einer der ukrainischen Beamten habe aber erst im August eine Verdachtsmeldung erhalten. Der betroffene kanadische Polizist, der im Rahmen einer Polizeieinweisung in die Ukraine gekommen sei, soll am 8. September aussagen.

Nach Angaben der Webseite hatten ukrainische Streifenpolizisten in der Nacht zum 22. April in Kiew die Papiere eines kanadischen Bürgers „aus einem fiktiven Grund“ kontrolliert. Daraufhin soll einer der ukrainischen Beamten den Kanadier in sein Dienstauto gesetzt und ihm dort Geld und eine Kreditkarte abgenommen haben.

Daraufhin seien die Ordnungshüter weggefahren und hätten den Kanadier auf der Straße zurückgelassen.

Es wurde laut der Seite ein Strafverfahren wegen Raub eingeleitet.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/31557/08/315570853.jpg>

Lug-info.com: Die Unternehmen der LVR haben im Ergebnis des ersten Halbjahrs 2017 den Export im Vergleich zum analogen Vorjahreszeitraum mehr als verdoppelt. Dies erklärte heute auf dem 2. ökonomischen Forum in Lugansk die Ministerin der ökonomische Entwicklung der LVR Jelena Kostenko.

Sie merkte an, dass die Produkte, die in der LVR hergestellt werden, weiterhin in der RF und anderen Ländern nachgefragt werden.

Die Exporte haben sich im ersten Halbjahr 2017 im Vergleich zum analogen Vorjahreszeitraum mehr als verdoppelt. Und die Zahl der Wirtschaftssubjekte beträgt im Jahr 2017 mehr als 48.000“, teilte Kostenko mit.

„Wenn man die Ergebnisse der ökonomischen Entwicklung nach dem 1. ökonomischen Forum analysiert, so kann man sagen, dass der Prozess „vom Wiederaufbau zur Entwicklung“ weitergeht. Die positive Dynamik, die 2016 begonnen hat, besteht auch 2017 in praktisch allen Industriebereichen“, erklärte die Ministerin.

Sie erläuterte, dass die wesentlichste Zunahme des Umsatzes – 56,9% - im Bereich der Holzverarbeitung, der Papierproduktion und der Druckindustrie zu bemerken ist.

„Die Kohleindustrie legt zu. Der Umsatz der staatlichen Unternehmen im Kohlebereich ist um das 2,3fache gewachsen, es wurden mehr als 4.100.000 Tonnen Kohle gefördert“, sagte Kostenko.

„Die Produktion von chemischen Stoffen und die Chemieindustrie war immer eine der vorrangigen Bereiche der Industrie des Lugansker Landes. Und heute kehrt dieser Bereich zum Leben zurück. Dabei zeugt das Anwachsen des Umsatzes um mehr als 45%“, berichtete die Ministerin.

Sie teilte mit, dass der Umsatz im Textilbereich, Lederwaren u. ä. sich im ersten Halbjahres dieses Jahres um 38,5% im Vergleich zum analogen Vorjahreszeitraum gesteigert hat.

„Die Branche hat ein erhebliches Potential, aber sie hat zu wenig Absatzmärkte“, erklärte Kostenko.

„Solide Ergebnisse zeigt die Lebensmittelindustrie, die Umsätze sind im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 17% gewachsen“, sagte Kostenko.

Sie fügte hinzu, dass 2017 die Arbeit in Richtung einer weiteren nachhaltigen Entwicklung des Handelsbereichs und der Gewährleistung von Stabilität auf dem Verbrauchermarkt der

Republik weitergegangen ist.

„Der Umfang des Einzelhandelsumsatzes, einschließlich Restaurants, ist im ersten Halbjahr 2017 um mehr als 16% gewachsen. In der Republik besteht eine hohe Sättigung des Verbrauchermarkts mit allen Warengruppen“, erläuterte Kostenko.

Heute findet in Lugansk das 2. ökonomische Forum statt, an dem Vertreter Finnlands, arabischer Länder, Russlands, Abchasiens, Südossetiens und der DVR teilnehmen. Die Republik hat mehr als 100 Investitionsvorschläge für Investoren vorgebracht.

abends:

ukrinform.ua: Alexander Hug: Waffenruhe im Donbass nicht eingehalten

Im Donbass wird die Waffenruhe zum Schuljahresbeginn nicht eingehalten.

Das erklärte der Vizechef der OSZE-Beobachtermission in der Ukraine Alexander Hug am Freitag, berichtet ein Korrespondent von Ukrinform. Er sagte, die vorher vereinbarte Waffenruhe sei ein hoffnungsvolles politisches Zeichen von allen Unterzeichnern der Minsker Vereinbarungen gewesen. „Man braucht aber mehr als Worte. Es wurde der Knopf „Pause“ und nicht „Stopp“ gedrückt“, so Hug.

Laut Hug habe einige Zeit wirklich Waffenruhe geherrscht. Doch seit dem Sonntag gebe es wieder Waffenstillstandsverletzungen. „Am Sonntag wurden 151 Verstöße registriert, am Montag 171, am Dienstag 431, am Mittwoch 186.“

Die Beobachtermission habe diese Woche schwere Waffen entdeckt, die nicht an den vereinbarten Orten stationiert wurden, sagte Hug. Es habe 47 Fälle in den von der Regierung kontrollierten Gebieten und 65 in den nicht kontrollierten Gebieten gegeben. Die OSZE-Beobachter seien auch in ihrer Bewegungsfreiheit weiter eingeschränkt, weil die Konfliktparteien Minen nicht geräumt hätten.

Die trilaterale Kontaktgruppe zur Ukraine hatte die Waffenruhe seit dem 25. August wegen des Beginns des Schuljahres vereinbart. Die Terroristen halten die Waffenruhe aber nicht ein. Am 31. August fand eine Videokonferenz wegen Verletzungen der Waffenruhe zum Schuljahresbeginn durch die so genannten „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ statt. Die Videokonferenz imitierte die Ukraine. Die Ukraine forderte auf, dass die Waffenruhe am 1. September maximal eingehalten wird, die Verstöße der „Volksrepubliken Donezk und Luhansk“ gegen die Waffenruhe durch die OSZE untersucht und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

lug-info.com: Feiern zum Schuljahresanfang haben heute in 328 allgemeinbildenden Schulen der Städte und Bezirke der Republik stattgefunden.

Insgesamt haben 89.241 Schüler das Schuljahr begonnen, darunter 9401 Erstklässler. Zum Vergleich: Im Schuljahr 2016/17 waren es 86.108 Kinder und 9266 Erstklässler.

In allen Schulen wurde am 1. September mit einer Schweigeminute der Kinder gedacht, die 2004 in der Folge eines Terrorakts im nordossetischen Beslan und während des Krieges im Donbass getötet wurden.

In allen Schulen fand eine einheitliche erste Stunde statt, die dem 75. Jahrestag der Bildung der Untergrundkomsomolorganisation „Junge Garde“ gedacht wurde.